



**Zusammenfassung der Handlungsstrategien der ExpertInnen und
der schriftlichen Rückmeldungen des Publikums bei der Fachtagung
„Altersarmut entgegenwirken – für ein Altern in Sicherheit!“ vom
26. November 2015**

I.) ExpertInnen:

a) Mag. Thomas Karasek „Leben in Würde statt Altersarmut“:

Unter „Fazit und Ausblick“:

- Frage nach Ausgestaltung des Pensionssystems von immenser Bedeutung
- Es gibt Alternativen zur Leistungskürzung durch den Staat
- Sicherung der Pensionen auf einem menschenwürdigen Niveau
- Pensionssystem ist politische Entscheidung
- Alterssicherung darf keine Frage der Fürsorge sein

b) Ao. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Margareta Kreimer „Altersarmut von Frauen in Österreich“

Unter „Maßnahmen gegen Altersarmut von Frauen“:

Innerhalb des Pensionssystems:

- **Minimumsstandard bei Pensionshöhe – Ausgleichszulage: wirkt armutssenkend, aber nicht armutsvermeidend, weil**

**Ausgleichszulage liegt unter der Armutsgrenze
Frauen müssen über eigenen Pensionsanspruch verfügen
Ausgleichszulage vom Haushaltseinkommen abhängig
Einführung einer Mindestpension über der Armutsgrenze mit
individuellem Anspruch**

- **Kindererziehungszeiten: Höherbewertung, Ersatzleistungen für familienbedingte Teilzeitphasen**

Im Erwerbssystem:

- **Kinderbetreuungseinrichtungen zur Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Müttern, insbesondere Alleinerzieherinnen**
 - **Höhere Minimumlöhne in frauendominierten Bereichen, „lange“ Teilzeit (um 30h), Förderung der Weiterbildung und Höherqualifizierung von Frauen, Rückkehrmöglichkeiten auf Vollzeitjobs, Abbau des Gender Pay Gap**
 - **Unterstützung einer symmetrischen Arbeitsteilung im Haushalt – „Halbe-Halbe“**

Unter „Armutsmessung – Kritik“:

- **Armut hat ökonomische und soziale Aspekte:**

Die ökonomische Armutsmessung fokussiert auf materielle Ressourcen und Bedürfnisse

Armut als Situation, in der Grundbedürfnisse im Sinne eines materiellen Minimalstandards nicht erfüllt werden können

Aber:

- **Möglichkeiten wie auch Potenzial, der Armut durch ein höheres Einkommen zu entgegen, sind im Alter massiv eingeschränkt**
- **Im Alter zusätzliche Faktoren relevant: Zugang zu Pflege und Betreuung; Gebrechlichkeit; Kommunikationsmöglichkeiten, soziale Kontakte, ...**

- **Armut als Funktion der reduzierten Möglichkeiten („capability“) auf ein menschenwürdiges Altern**

- Soziale Aspekte von Armut schließen den Zugang u.a. zu Informationen, Bildung, Gesundheitsleistungen, politischer Teilhabe mit ein.

- Ausweitung der Armutsdefinition und –messung auf „soziale Armut“, multidimensionale Armutskonzeptionen

II.) Publikum:

Vorlage:

Gesicherte Altersvorsorge

...meine Ideen, Tipps, Forderungen, Fragen, Lösungsstrategien, Handlungsanregungen, Veränderungswünsche, politischen Forderungen, Änderungsmaßnahmen, Beispiele aus der Praxis,...:

- In Würde altern können, muss als Recht spürbar sein/werden (in jüngeren Jahren haben diese Menschen für alle viel geleistet!).
- Immer mehr Menschen werden immer ärmer – wenige dagegen immer reicher (Einkommensschere) – das muss die Politik als Problem sehen und aufhören, es zu produzieren.
- Warum tragen nicht alle in Prozenten gleich viel für das Allgemeinwohl bei? Warum gibt es Obergrenzen bei Steuern?
- Wir sind unter den 10 reichsten Ländern der Welt und schämen uns nicht, ob der Armut, die bei uns herrscht, aber umgekehrt gibt es so viel Scham bei den Betroffenen – das gehört geändert!
- Mehr Krippenplätze, um früher wieder leichter ins Erwerbsleben einsteigen zu können (insbes. im ländlichen Raum).
- Mindestpension muss über der Armutsgrenze (individueller Anspruch) liegen!
- Pensions-Splitting publik machen!

- **Sonderzahlungen für Mindestsicherung einführen!**
- **Präventionsgedanke fehlt!**
- **Kleinzellige Aktionsräume denken**
- **Änderung des/der Pensionssystems/e – z.B. „Grünes Pensionsmodell“
Hausbesuche ab 70/75 Jahren von SozialarbeiterInnen –
Bedarfserhebung 1x pro Jahr**
- **Unbedingt individuelle Pensionsansprüche fordern/begründen**
- **Sonderzahlungen für Mindestsicherung – d.h. 14x jährlich**
- **Wirtschaft ist gefordert, Arbeitsmöglichkeiten für ältere Menschen
anzubieten – z.B. kürzere Arbeitszeiten, würde soziale Kontakte
ermöglichen, wertvolle Erfahrungen Älterer bleiben erhalten**
- **Stadtteilarbeit, Nachbarschaftstreffen – z.B. „Grätzel-Treff Geidorf“**
- **Bessere Pflegevorsorgeversicherungen – verpflichtend!**
- **Zuverdienstmöglichkeiten in der Pension**
- **Angleichung der unterschiedlichen Pensionssysteme und Einführung
einer Höchstgrenze bei allen Systemen!**
- **Abschaffung von überhöhten Sonderpensionsregelungen von
Funktionären und von allen im Bereich der Politik Tätigen!**
- **Höhere Bewertung von Pflege- und Kindererziehungszeiten für die
Pensionsberechnung unabhängig vom Beschäftigungsmaß!**
- **Überführung aller Pensionssysteme in ein gemeinsames
Umlageverfahren mit maximaler Pensionshöhe, ohne Höchstbeitrags-
bzw. –bemessungsgrundlage**
- **Pensionsbeiträge sollten zwischen „Ehepartnern/Lebenspartnern“
aufgeteilt werden, insbes. wenn ein Teil sich überwiegend für die
Haushaltsführung entscheidet (Schweizer Modell)**

- **Bewusstseinsbildung bei Jungen im Sinne von Prävention, um Altersarmut zu vermeiden.**
- **Öffentlichkeitsarbeit auch für bildungsferne Schichten (auf Sprache achten – Case Management?)**
- **Beratungsgespräche für BezieherInnen der Mindestsicherung sollen verpflichtend sein
Finanzierbare, barrierefreie Wohnungen schaffen!**
- **Staatliche Altersvorsorge – trotz Eigenverantwortung**
- **Pensionisten sollten länger arbeiten dürfen, wenn sie gesund und leistungsfähig sind.**
- **Zusatzeinkommen durch Beschäftigung neben der Pension sollten nicht so hoch besteuert werden, da bei kleinen Pensionen fast nichts mehr übrig bleibt!**
- **Pflege von alten Familienangehörigen sollte sich auf die Pension auswirken! Dadurch werden Sozialleistungen (dem Staat) eingespart!**
- **Pensionsplitting (für Kindererziehungszeiten bis 7. Lebensjahr) in die Öffentlichkeit bringen**
- **Pensionsversicherungszeiten – Erwerb ist bereits möglich bei Betreuung von behinderten Menschen und/oder alten Angehörigen**
- **Mehr politische Maßnahmen gegen Teilzeitarbeit – Ladenöffnungszeiten**
- **Aufwertung von Pflegeberufen (Wertschätzung innerhalb der Gesellschaft)**
- **Bessere Maßnahmen für Angehörige in der Pfl egetätigkeit**
- **Günstigeres Wohnen für ärmere Bevölkerungsschichten bzw. ältere Menschen**
- **Kinderzeiten besser anrechnen**

- Mehr Kinderbetreuungseinrichtungen
- Gemeinsames und autonomes Wohnen – finanzierbar machen und existentielle Sicherheit gewährleisten
- Mindestsicherung auf 1000.--€ anheben – Mindestpensionen netto – Kapitalbesteuerung, Erbschaftssteuer usw.)
- Zusammenlegung der bestehenden Pensionssysteme
- Altersarmut mehr bekannt machen – Medien
- Projekt in Italien: Betagte Menschen, allein lebend, werden von Physiotherapeuten, Bewegungstrainern besucht (Ehrenamtliche), viele schaffen es wieder ins Freie zu gehen.
- Menschen von 80-85 Jahren – viele scheuen den Weg ins Sozialamt
- Pensionsantritt für Frauen ab 65 Jahren finde ich viel zu hoch, das AMS geht total schlecht mit der älteren Generation um, da heißt es dann, man will nicht arbeiten, aber welche Firma nimmt dich ab bzw. über 50 Jahren – man ist, wenn man älter ist nicht mehr so belastbar und vergisst leichter. Dann muss man vom AMS aus in irgendwelche Kurse, die gar nichts bringen. Das nennt man dann Arbeitsplatzbeschaffung für TrainerInnen. Und wenn man in so einem Kurssystem drinnen ist, scheint man in der Statistik als nicht arbeitslos auf.
- Pensionsgleichheit für alle – Anpassung – Gerechtigkeit
- Recht auf Einzelzimmer (ohne Extrazuschlag) für PflegeheimbewohnerInnen, damit die, die das wünschen und brauchen, nicht ihr Taschengeld dafür nehmen müssen, wenn sie keine Selbstzahler sind. Persönliche Bedürfnisse lassen sich dann nur durch die doppelte Pensionszahlung erfüllen.
- Überfällige! Anpassung = Erhöhung = Wertschätzung der Bewertung/Berechnung von Kindererziehungszeiten. Was z.B. in Deutschland rückwirkend möglich ist – mit besonderem Blick auf die „Nachkriegsfrauen“.

- Berücksichtigung von Mehrlingsgeburten bei pensionsrelevanten Zeiten – derzeit ist es gleich wie bei einem Kind.
- Altersdiskriminierung bei Kreditvergabe – auch bei grundbücherlicher Besicherung – beseitigen.
- Zugang zu Kultur durch „PensionistInnen – Preise“ (auch mit Obergrenze)
- Taggelder/Selbstbehalte bei Krankenhaus und Kurzaufenthalten sind unrealistisch hoch.
- Sozialarbeit für alle und Zugang zu Ermäßigungen, Berechtigungen eventuell staffeln. Wer wenige € über der Grenze liegt, fällt unzumutbar und unverhältnismäßig zurück.
- Schaffen von Urlaubs-/Reisemöglichkeiten für (ältere) Alleinreisende ohne/mit geringeren Einzelzimmerzuschlägen
- Nur eine Sozialversicherung und eine Pensionsversicherung für ganz Österreich
- Keine %-mäßige Erhöhung der Löhne/Gehälter bzw. Pensionen, sondern um Sockelbeträge gestaffelt nach Einkommen
- Anreize für die Eigenvorsorge verbessern (z.B. Anrechnung bei Bemessung zur Einkommenssteuer)
- Verbesserungen für die Pensionsberechnung bei den Kindererziehungszeiten, wenn Kinder knapp hinter einander geboren werden
- Vereinheitlichung auf ein Pensionssystem
- Wohnungssanierung in Richtung barrierefreier Umbau früher planen und umsetzen, mehr diesbezügliche Unterstützung für Menschen, die wenig Geld haben
- Einbezahlte Pensionsbeiträge müssen sicher vom Staat für Pensionen angelegt werden – sie dürfen nicht den Banken und Versicherungen zum Spekulieren zur Verfügung stehen

- **Das Umlageverfahren ist ein sicheres System und wird sich auch weiter bewähren, wenn die Politik dazu steht. Sie darf sich nicht vor der Verantwortung für uns Ältere drücken, denn die Armut kann nur durch eine radikale Umverteilung gestoppt werden.**
- **Das 3-Säulensystem – die 3. Säule bricht jetzt schon weg – bei einer Einzahlung von 10.000 € in einen als sicher bezeichneten Pensionsfonds kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass davon nichts mehr übrig geblieben ist – wer ersetzt mir den Schaden?**
- **14x Auszahlung von Mindestsicherung**
- **Mehr Budget und Rechtsanspruch auf Hilfe in besonderen Lebenslagen**
- **Höchstbeitragsgrundlage aufheben**
- **Negativsteuern für MindestpensionistInnen**
- **Anhebung der Ausgleichszulage**
- **Anhebung der Wohnbeihilfe**
- **Bessere Kinderbetreuung**
- **Mehr Vollzeitarbeitsplätze**

